
Weltordnungen und Frieden

Weltordnungen und Frieden: Einführung

Eine Dekade nach Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich die Ordnung der Welt fragmentiert dar. Es scheint angemessen, im Plural von Weltordnungen zu sprechen. Sie folgen sehr unterschiedlichen Strukturprinzipien und Logiken – je nachdem, auf welche Ländergruppe und welches Politikfeld sich der Blick richtet. Die Beiträge im Kapitel *Weltordnungen und Frieden* reflektieren diese Vielfalt und entwickeln Vorschläge, wie trotz Fragmentierung und eines raschen Wandels von Machtverhältnissen eine kooperative Steuerung und institutionalisierte Konfliktregulierung möglich bleiben. Zugleich zeigt eine Rückschau auf die letzten Jahrzehnte, dass die Analyse von Weltordnungen und die Suche nach tragfähigen Governance-Mustern von einer erstaunlich geringen Halbwertszeit geprägt waren.

Zwar gibt es seit der in den 1980er Jahren gestarteten neuen Globalisie-

rungswelle einige grundlegende Trends, die alle Weltregionen betreffen, so etwa die Integration von Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten, die deutlich erhöhte transnationale Mobilität von Menschen, Waren und Technologien sowie die globale Verbreitung von Konsummustern. Zudem sind die gemeinsamen Überlebensinteressen der Menschheit, trotz unterschiedlicher Risikoverteilungen, etwa durch den Klimawandel oder die nukleare Bedrohung gefährdet. Allerdings gibt es die »Eine Welt« im Sinne geteilter Wertemuster und allgemein akzeptierter Prinzipien und Normen für die Bewältigung globaler Herausforderungen erst in rudimentären Ansätzen. Trotz globaler Kommunikation, transnationaler Migration, Technologietransfers und der Proliferation westlicher Konsummuster bleiben sich die Welten auch weiterhin fremd.

Großmächte, Regionalmächte, Peripherie: Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen in historischer Perspektive

Die Handlungsprioritäten in der nach wie vor hierarchisch geordneten Welt differieren deutlich: Während Großmächte und regionale Aspiranten um Macht und Einfluss konkurrieren, suchen mittlere Mächte nach angemessenen Partizipationschancen sowie nach Nischen und Kooperations-

räumen, in denen sie die Wohlfahrt ihrer Bevölkerungen maximieren und Sicherheit garantieren können. Eliten in peripheren Staaten folgen wiederum widersprüchlichen und oftmals unvereinbaren Handlungszielen: Sie versuchen, über die persönliche Aneignung u. a. von Renteneinnahmen die

Wohlfahrtschancen der globalisierten Welt für sich zu nutzen. Zugleich stehen sie unter internem wie äußerem Druck, ihren Bevölkerungen Mindeststandards an menschlicher Sicherheit und Entwicklung sowie Zugangschancen zu den Verheißungen der globalisierten Welt zu garantieren.

Anlass zur Sorge bereitet, dass nach einer Dekade der Abrüstung in den 1990er Jahren in sämtlichen Weltregionen nennenswerte Aufrüstungsprozesse stattgefunden haben, wie Herbert Wulf in seinem Beitrag deutlich macht. Dabei ist trotz der nach wie vor klaren Dominanz der USA der relative Anstieg in China und Russland besonders drastisch. Hier nahmen zwischen 1999 und 2008 die Militärausgaben um 194 % bzw. 173 % zu. Indien lag mit 44 % ungefähr im weltweiten Schnitt (SIPRI 2009, S. 180). Neben entsprechenden wirtschaftlichen Zuwächsen spiegeln die Aufrüstungstendenzen Misstrauen und Unsicherheit auf globaler und regionaler Ebene wider. Im Verhältnis der USA zu Russland ist dies durch die anhaltende Krise der Rüstungskontrolle unmittelbar evident. Aber auch im Nahen Osten sowie in Lateinamerika finden Aufrüstungsprozesse statt. So bauten in jüngster Zeit Brasilien und Venezuela ihre militärischen Kapazitäten systematisch aus, obwohl der Kontinent seit nunmehr zwei Jahrzehnten von kriegerischen Konflikten weitgehend verschont blieb und auch eine äußere Bedrohung nicht erkennbar ist. Allein die EU koppelte sich weitgehend vom Aufrüstungstrend ab und verzeichnete zwischen 1999 und 2008 nur eine Steigerung von 13 %. Dennoch hielt sie im Jahr 2008 mit 20,8 % der Weltmilitärausgaben mit deutlichem Abstand zu Russland und China die zweite Position hinter den USA (41,5 %).

Großmächte und ihre Herausforderer im Zentrum sicherheitspolitischer Forschung

Der Blick auf Groß- und Supermächte sowie ihre möglichen Herausforderer prägt seit Jahrzehnten die sicherheitspolitische Forschung im Feld der internationalen Beziehungen. Sie konzentrierte sich in der Zeit der Bipolarität des Ost-West-Konflikts bis in die 1980er Jahre hinein auf die militärischen Abschreckungspotenziale der beiden Supermächte. Das Aufkommen neuer Mächte jenseits der Bipolarität wurde primär entwicklungsökonomisch unter der Rubrik der »Schwellenländer« diskutiert, und kriegerische Konflikte wurden mitunter als »Süddimension« des Ost-West-Konflikts« (Hamann 1986) interpretiert.

Erst zum Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre gewannen politökonomische Analysen der Weltordnung wieder stärker an Bedeutung. Neben der bipolaren, ideologisch geprägten Systemkonfrontation wurden die weltpolitischen Kräftekonstellationen unter der Perspektive einer Triade interpretiert, bei der sich Nordamerika, Westeuropa sowie das industrialisierte Ostasien gegenüberstanden (Gill 1990). Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Bedeutungszuwachs der Bundesrepublik Deutschland und Japans seit Ende des 2. Weltkriegs – Veränderungen, die mit dem Modell des »Handelsstaates« (Rosecrance 1986) oder auch mit dem Begriff der klug agierenden »Zivilmacht« (Maull 1990) erfasst wurden.

Die USA – ein Welthegemon zwischen Unilateralismus und Multilateralismus

Im Nachhinein mutet erstaunlich an, dass die akademischen Debatten der 1980er Jahre die USA als Großmacht im Niedergang betrachteten (Kennedy 1987). Anhand politökonomischer Indikatoren wurden die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit, das überzogene Militärbudget sowie eine horrende Staatsverschuldung als schlechtes Omen für die Zukunft US-amerikanischer Vorherrschaft beschworen. Einigermaßen überraschend für die Anhänger der *decline*-Theorie war dann der weltpolitische Umbruch 1989/90, bei dem nicht der Welthegemon, sondern seine bereits seit einem Jahrzehnt zunehmend geschwächte Herausforderin, die Sowjetunion, in Auflösung befindlich war.

Plötzlich hatten wieder diejenigen Deutungshoheit zurückgewonnen, die einen *unipolar moment* (Krauthammer 1991) kommen sahen und die USA als einzig verbliebene, ja gar als *lonely superpower* (Huntington 1999) bezeichneten (Nuscheler 2001). Freilich wurde der relative Machtgewinn in den 1990er Jahren nicht allzu demonstrativ ausgespielt: Die unter liberalen Vorzeichen stehende US-Administration Bill Clintons nutzte zwar die Gelegenheit eines geschwächten Russland, um die NATO nach Osten hin zu erweitern. Auch war die US-Regierung während der Balkankriege bereit, eine an eigenen Interessen orientierte Stabilisierungspolitik unter Vernachlässigung russischer wie auch chinesischer Einwände, im Falle Kosovos sogar unter ihrer Missachtung, zu verfolgen.

Zugleich war das Jahrzehnt aber eher durch ein Schwanken zwischen multi-

lateralen Ansätzen und dem zeitweisen Zurückfallen auf unilaterale Handlungsmuster geprägt, die insbesondere auch vom republikanisch dominierten US-Kongress eingefordert wurden. Begleitet wurde diese Phase durch eine wirtschaftliche Blütezeit in den USA und einen Abbau der Staatsverschuldung, wie er in den 1980er Jahren kaum für möglich gehalten worden war.

Mit der Regierungsübernahme durch die Bush-Administration 2001 wandelte sich das US-amerikanische Verständnis von Weltordnung wieder grundlegend. Die unilaterale, mitunter gar durch eine missionarische Rhetorik unterlegte Gestaltung globaler Beziehungen rückte in den Vordergrund. Der Rekurs auf die harte Währung militärischer Macht wurde dabei angesichts der Schockwirkung nach den Terroranschlägen des 11. 9. 2001 zunächst keinem eingehenden Diskurs unterworfen. Weltökonomische Ordnungskonzepte blieben Mangelware angesichts der Konzentration auf das Militärische. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung unter Barack Obama den überschwänglichen Erwartungen gerecht werden kann und tatsächlich wieder verstärkt auf eine durch *soft power* (kulturelle und kommunikative Überzeugungskraft) geprägte Gestaltung der globalen Ordnung setzt.

Chinas Aufstieg zur werdenden Supermacht

Wie Franz Nuscheler und Dirk Messner in ihrem Beitrag herausarbeiten, hatte sich das »pazifische Jahrhundert« bereits in den 1980er Jahren durch das *East Asian Miracle* angedeutet, das mit den Erfolgen der Tigerstaaten einsetzte und sich dann auf größere Nationen aus-

weitete. Besonders eindrucksvoll verlief dabei der Aufstieg der VR China zur Exportnation – ein Land, das 1993 noch 2,5 % und 2007 bereits 8,9 % der weltweiten Ausfuhren stellte (WTO 2009, S. 10). Die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung wird unterstrichen durch die steigenden ausländischen Direktinvestitionen. Diese konnte das asiatische Land von 2,5 Mrd. US-\$ im Jahr 2002 auf 22,5 Mrd. US-\$ im Jahr 2007 nahezu verzehnfachen (UNCTAD 2008, S. 2). Es könnte sein, dass China in 15 bis 20 Jahren über eine ähnliche Wirtschaftsmacht wie die USA verfügt. Beim indischen Aufstieg wird dagegen von einem deutlich längeren Zeitraum ausgegangen (Goldman Sachs 2007).

Wirtschaftsmacht übersetzt sich jedoch nicht automatisch in politische Gestaltungsfähigkeit. Hierzu bedarf es weiterer Ressourcen, so etwa innenpolitischer Stabilität, einer normativ-kulturellen Ausstrahlung, des flexiblen und innovativen Einsatzes diplomatischer Instrumente und der damit verbundenen Fähigkeit zur Koalitionsbildung. Noch scheint nicht ausgemacht, ob diese Elemente sich in China ebenso rasch entwickeln wie die sozioökonomischen Kenndaten. Von daher lässt sich heute zwar sagen, dass in zentralen Fragen des Weltfriedens, des Welthandels wie auch bei der Vermeidung und Eindämmung von Folgen des Klimawandels wichtige Maßnahmen nicht mehr ohne oder gar gegen die VR China getroffen werden können. Zugleich wird sich erst noch erweisen müssen, ob die chinesische Führung im Stande sein wird, international tragfähige Lösungsvorschläge für globale Probleme vorzulegen.

Ist der Aufstieg der VR China mit ernsthaften sicherheitspolitischen Gefährdungen verbunden? Eher nein.

Es gibt zurzeit wenig Anlass, eine direkte Konfrontation zwischen der nordamerikanischen und der aufstrebenden asiatischen Großmacht zu befürchten. Trotz deutlicher Spannungen sind die USA und auch das durch die Verwertung seines Rohstoffreichtums wieder erstarkte Russland darauf bedacht, Konflikte nicht auf eine Ebene eskalieren zu lassen, die eine militärische Auseinandersetzung in den Bereich des Wahrscheinlichen rücken würde.

EU entgegen Unkenrufen bislang nicht als Verliererin zu sehen

Aus geopolitischer Sicht steht die Europäische Union in der veränderten Weltordnung zunächst nicht als Gewinnerin da. Betrachtet man jedoch Stabilität und Problemlösungskompetenzen, ist sie auch nicht unbedingt eine Verliererin. Vielmehr scheint die EU, allen Integrationsproblemen und internen Disparitäten zum Trotz, die Weltfinanzkrise mit überschaubaren Blessuren überstehen zu können. Auch wenn sie nicht als einheitlicher Akteur aufzutreten vermag, so war die Konsensbildung im Vorfeld der G20-Treffen im November 2008 und im April 2009 doch beachtlich. Auch für die neuen Herausforderungen in der Entwicklungs-, Außen- und Klimapolitik scheint die EU nicht schlecht gewappnet. Prägende Initiativen, sozusagen aus der ersten Reihe heraus, sind zwar zunächst nicht zu erwarten. Dennoch kann die europäische Entwicklung über die Jahrzehnte hinweg eine Erwartungsverlässlichkeit reklamieren, die das Auf und Ab US-amerikanischer Politik ebenso kontrastiert wie die unsicheren Entwicklungen der aufsteigenden Mächte.

Die Rolle der regionalen Vormächte

Unterhalb der Ebene von Großmächten und ihren unmittelbaren Herausforderern hat sich eine Weltordnung der Schwellenländer und regionalen Vormächte etabliert. Zu ihnen zählen aus sicherheitspolitischer Sicht insbesondere Brasilien, Indien, Indonesien, Südafrika und Nigeria. Im Nahen Osten ist die Lage schwerer zu bestimmen, insofern hier die Türkei, Ägypten, Syrien, Iran und Irak um Einfluss konkurrieren. Aus wirtschaftlicher Perspektive treten noch Länder wie Argentinien, Mexiko, Thailand, Malaysia, Taiwan oder Singapur hinzu.

Die regional-, sicherheits- und entwicklungspolitische Forschung hat sich in jüngster Zeit, gerade auch in Deutschland, verstärkt mit der Rolle dieser regionalen Vormächte beschäftigt (Nolte 2006; Flemes/Nolte 2008; Scholvin/Mattes 2007). Dahinter stehen zunächst häufig Vermutungen, dass regionale Stabilität über »Ankerländer« (Stamm 2004) oder wirtschafts- und sicherheitspolitische Hegemonen hergestellt werden kann. Folgerichtig wird diesen Staaten beim Aufbau von Regionalorganisationen eine wesentliche Rolle zugeschrieben. Über ihre gezielte Förderung versprechen sich die westlichen Industriestaaten nicht zuletzt Entlastung. Zudem wird die zunehmend transnationale Kooperation – beispielsweise zwischen Brasilien, Südafrika und Indien – mit großem Interesse verfolgt (Flemes 2007a; 2007b).

Empirisch gibt es allerdings zurzeit nur bedingt Anhaltspunkte dafür, dass Stabilität und Friedenssicherung über regionale Großmächte garantiert werden können. So engagiert sich Brasilien zwar mit Nachdruck bei der Stabilisie-

rungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH). Auch hat es mit der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) die Entwicklung einer Regionalorganisation forciert, die sich im Unterschied zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom US-amerikanischen Einfluss befreit. Doch gibt es insgesamt wenig Anhaltspunkte dafür, dass Brasilien seinen Weg auf die globale Bühne durch die verlässliche Übernahme von Stabilitätsfunktionen in Mittel- und Südamerika zu grundieren sucht (Flemes 2007c).

Auch Südafrika tut sich schwer, ein angemessenes Rollenbild zwischen subregionaler Hegemonialstellung und Zivilmachtkonzeptionen zu finden (Erdmann 2007). Die prägende Kraft im südlichen Afrika war zwar mit Truppen u. a. in der Demokratischen Republik Kongo sowie in Burundi engagiert. Ihre sicherheitspolitischen Handlungsspielräume sind jedoch angesichts der Rivalität zu Simbabwe und aufgrund innenpolitischer Herausforderungen begrenzt. Noch problematischer stellt sich die Lage in Nigeria dar (Engel 2007). Zwar war die treibende Kraft hinter der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) maßgeblich bei Stabilisierungseinsätzen in der Region beteiligt. Doch kann zugleich mit gutem Grund gefragt werden, ob nicht die von erheblichen ethno-regionalen und religiösen Spannungen geprägte Vormacht selbst der größte regionale Faktor für Instabilität ist. Ähnliches kann im Raum Südostasien für Indonesien gelten, das vollauf damit beschäftigt ist, interne Konflikte zu bewältigen. Indien schließlich hat zwar eine dominierende Rolle in Südasien, ist jedoch seit dem desaströsen Engagement in Sri Lanka von 1987 bis 1990 äußerst zurückhaltend,

sich militärisch in den Nachbarstaaten zu engagieren.

Kurzum: Ohne die regionalen Vormächte kann Sicherheitspolitik zwar zweifelsohne in der Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts keinen Erfolg zeitigen. Doch ist es zu früh, auf die großen Länder in den Weltregionen starke Hoffnungen zu setzen. In aller Regel sind sie aus gut kalkuliertem Eigeninteresse an allzu starken Verwicklungen in die Konflikte von Nachbarstaaten nicht interessiert, da ein derartiges Engagement globale Ambitionen eher behindert als befördert.

Die zerfallende Peripherie: Ausgangspunkt für Terrorismus und Nuklearproliferation?

Unvollständige Staatsbildungsprozesse, der für schwache Staaten schwer zu verarbeitende Druck einer neoliberal geprägten Globalisierung sowie schließlich die nachhaltigen Gewalterfahrungen der 1990er Jahre haben in einer nennenswerten Anzahl von 40 bis 60 Staaten an der Peripherie des internationalen Systems zu fragiler Staatlichkeit geführt. Tobias Debiel, Daniel Lambach, Nicolas Schwank und Julia Viebach zeigen in ihrem Beitrag, dass nicht die Akkumulation von Machtressourcen oder kulturellen Grundierungen von Weltordnung in diesen Regionen als ausschlaggebend erscheint. Vielmehr bildet ein Mindestmaß an politischer Stabilität, Gewaltkontrolle, sozialer Grundsicherung und institutioneller Leistungsfähigkeit aus dieser Perspektive die Messlatte, um ihre Stellung in den Weltordnungen zu bestimmen. Fragile Staatlichkeit bedroht Grundbedingungen menschlicher Sicherheit in den betroffenen

Ländern und hat grenzübergreifende Folgewirkungen (*spill over*) und Ansteckungseffekte in den Nachbarstaaten. Wie Claus Leggewie in seinem Beitrag aufzeigt, sind die fragilen Staaten dabei auch die religiös intolerantesten (Fund for Peace 2007; Hudson Institute 2007) – ein bemerkenswerter Zusammenhang.

Es sind zudem diese Regionen fragiler Staatlichkeit, in denen private Akteure wie Rebellen, Warlords, mafiöse Netzwerke oder Jugendmilizen in Zonen der Gewalt an Einfluss gewonnen haben. Sie bauen Gewaltökonomien auf und fügen sich damit in regionale und globale Schattenwirtschaften ein. Zugleich kommen an der Peripherie vermehrt auch private Sicherheitsfirmen zum Einsatz (Singer 2003; Wulf 2005).

Auch sind fragile Staaten partiell zu Rückzugs- und Rekrutierungsräumen für terroristische Netzwerke geworden, so u. a. in Afghanistan, Pakistan und Somalia. Zugleich geht der westliche Sicherheitsdiskurs fehl, in diesen Ländern die primäre Quelle des transnationalen Terrorismus zu sehen. Dieser benötigt mitunter tragfähigere Infrastrukturen und rekrutiert seine Anhänger in den repressiven Regimen des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch in den westlichen Industrieländern.

Eine weitere globale Gefahr, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, hängt durchaus mit der Fragilität einzelner Atommächte zusammen, so vor allem Nordkorea, Pakistan und potenziell auch Iran. Bislang gibt es aber nur wenig belastbare Empirie, um die Gefahr auch belegen zu können. Trotz Hinweisen, dass sich *Al-Qaida* in Afghanistan Zugang zu *dual-use*-Technologien verschaffen konnte (Albright 2006, S. 1), gibt es keine Evidenz, dass

weltweit irgendeine Terrororganisation derartige Entwicklungen strategisch vorangetrieben und entsprechende Kapazitäten aufgebaut hat. Ohne einen nennenswerten »Sponsor« von außen wäre dies in einem fragilen Land mit schlecht entwickelter Infrastruktur wohl auch kaum möglich. Eher könnten in *ungoverned areas* mit begrenztem Aufwand »schmutzige Waffen« hergestellt werden, für die es ausreicht, radioaktives Material aus anderen Anwendungsbereichen abzuzweigen (Neuneck 2006, S. 135).

Die vorgenannten Überlegungen deuten darauf hin, dass eher der poli-

tische Wille als fragile Staatlichkeit *per se* eine nennenswerte Gefahr für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen darstellt (Patrick 2006, S. 46). Denn bei Ländern wie Pakistan oder Nordkorea war die Gefahr in der Vergangenheit eben nicht durch eine generelle Schwäche des Staatsapparats bedingt. Vielmehr verfügen die genannten Staaten über durchaus effektive Institutionen. Von daher müssen bei dem Risiko der nuklearen Verbreitung stärker die Legitimität und rechtsstaatliche Kontrolle eines Staates im Vordergrund stehen als die institutionellen Kapazitäten (Debiel/Lambach 2009).

Fazit und Ausblick

Die Welt im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist nicht sicherer als in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts. Stark steigende Rüstungsausgaben in allen Regionen deuten auf zunehmende Unsicherheit und weiterhin mangelndes Vertrauen hin. Auffällig ist die Dynamik, mit der sich weltpolitische Kräftekonstellationen verändern. Sie deutet an, dass das zweite Jahrzehnt des neuen Jahrtausends multipolar geprägt sein wird. Allerdings ist noch nicht klar, inwiefern aufsteigende Kräfte ihre vorhandene ökonomische Kraft auch in die Gestaltung von Global Governance werden übersetzen können. Kooperative Weltpolitik wird aber in jedem Fall einen Konsens zwischen den Großmächten und möglichen Herausforderern benötigen, um zentralen Sicherheitsproblemen – wie der Proliferation von Nuklearwaffen – begegnen zu können.

Regional gibt eine Reihe von Vormächten sicherheitspolitisch den Ton an.

Zugleich zeigt eine genauere Analyse, dass Hoffnungen auf eine »wohlwollende Hegemonie« und entsprechende regionale Friedensordnungen verkürzt sind. Zum einen ist das Interesse vieler dieser Staaten eher global ausgerichtet und eine allzu starke Verwicklung in regionale Konfliktkonstellationen potenziell kontraproduktiv. Zum anderen bieten einige – allen voran Nigeria – selbst ein nennenswertes Destabilisierungspotenzial. Externe Akteure sollten deshalb vorsichtig sein, privilegierte Kooperationspartner unter diesen Aufsteigern zu suchen. Stattdessen gilt es, Unterstützungsstrategien in die Gesamtregion und ihre Institutionen der Konfliktbearbeitung einzubetten.

Damit die Welt nicht auseinanderdriftet (Senghaas 1986), müssen die Peripherien wieder verstärkt in den Blick geraten, da sie für ihr gesamtes regionales Umfeld einen Bedrohungsfaktor darstellen. Auch kann es nicht im Interesse

einer wirtschaftlich und medial immer enger zusammenwachsenden Welt sein, dauerhaft und mit zweifelhaften Mitteln an Symptomen von Instabilität zu kurieren. Gefordert sind stattdessen ent-

schlossene entwicklungs- und sicherheitspolitische Bemühungen, die ein Mindestmaß an Staatlichkeit und verlässlichen wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten schaffen.

Literatur

- Albright, David 2006: Terrorists' Acquisition of Nuclear Weapons. The Dangerous Synergy. Between Weak States and Illicit Nuclear Procurement, Washington, D. C. (<http://www.fundforpeace.org/web/images/pdf/albright.pdf>, 10. 8. 2009).
- Debiel, Tobias / Daniel Lambach 2009: Fragile Staaten. Ursachen und sicherheitspolitische Auswirkungen, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Ergänzungsband II, Hamburg, S. 363–387.
- Engel, Ulf 2007: Westafrikanischer Hegemon oder Scheinriese? Nigeria in der internationalen Politik (GIGA Focus Afrika 7/2007), Hamburg.
- Erdmann, Gero 2007: Südafrika – afrikanischer Hegemon oder Zivilmacht? (GIGA Focus Afrika 2/2007), Hamburg.
- Flemes, Daniel 2007a: Emerging Middle Powers' Soft Balancing Strategy. State and Perspectives of the IBSA Dialogue Forum (GIGA Working Paper Nr. 57), Hamburg.
- Flemes, Daniel 2007b: Conceptualising Regional Power in International Relations – Lessons from the South African Case (GIGA Working Paper Nr. 53), Hamburg.
- Flemes, Daniel 2007c: Brasilien – Regionalmacht mit globalen Ambitionen (GIGA Focus Lateinamerika 6/2007), Hamburg.
- Flemes, Daniel / Detlef Nolte 2008: Zukünftige globale Machtverschiebungen. Die Debatte in den deutschen Thinktanks (GIGA Focus Global 5/2008), Hamburg.
- Fund for Peace 2007: Failed States Index Scores 2007, o. O. (http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=229&Itemid=366, 10. 8. 2009).
- Gill, Stephen 1990: American Hegemony and the Trilateral Commission, Cambridge, MA.
- Goldman Sachs 2007: BRICs and Beyond, London.
- Hamann, Rudolf (Hg.) 1986: Die »Süddimension« des Ost-West-Konfliktes. Das Engagement der Supermächte in Krisen und Kriegen der Dritten Welt, Baden-Baden.
- Hudson Institute 2007: Religious Freedom in the World Survey, o. O. (http://crf.hudson.org/index.cfm?fuseaction=survey_files, 10. 8. 2009).
- Huntington, Samuel P. 1999: The Lonely Superpower, in: Foreign Affairs, Jg. 78/2, S. 35–49.
- Kennedy, Paul 1987: The Rise and Fall of the Great Powers, New York.
- Krauthammer, Charles 1991: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs, Jg. 70/1, S. 23–33.
- Maull, Hanns W. 1990: Germany and Japan. The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs, Jg. 69/5, S. 91–106.
- Neuneck, Götz 2006: Proliferation und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen, in: Tobias Debiel / Dirk Messner / Franz Nuscheler (Hg.), Globale Trends 2007, Frankfurt/M., S. 123–141.
- Nolte, Detlef 2006: Macht und Macht-hierarchien in den internationalen Beziehungen. Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte (GIGA Working Paper Nr. 29), Hamburg.

- Nuscheler, Franz 2001: Multilateralismus vs. Unilateralismus – Kooperation vs. Hegemonie in den transatlantischen Beziehungen (SEF Policy Paper Nr. 16), Bonn.
- Patrick, Stewart 2006: Weak States and Global Threats. Fact or Fiction?, in: The Washington Quarterly, Jg. 29/2, S. 27–53.
- Rosecrance, Richard 1986: The Rise of the Trading State. Commerce and Conquest in the Modern World, New York.
- Scholvin, Sören / Hanspeter Mattes 2007: Geopolitik und sicherheitspolitisches Potenzial neuer regionaler Führungsmächte (GIGA Focus Global 8/2007), Hamburg.
- Senghaas, Dieter 1986: Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz, Frankfurt/M.
- Singer, Peter W. 2003: Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry, Ithaca, NY.
- SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) 2009: SIPRI Yearbook 2009, Oxford.
- Stamm, Andreas 2004: Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft – Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht (DIE Discussion Paper 1/2004), Bonn.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) 2008: World Investment Report 2008, Genf.
- WTO (World Trade Organization) 2009: International Trade Statistics 2008, Genf (http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2008_e/its08_toc_e.htm, 10. 8. 2009).
- Wulf, Herbert 2005: Die Privatisierung des Krieges, in: Ralph-M. Luedtke / Peter Strutynski (Hg.), Permanentener Krieg oder nachhaltiger Frieden?, Kassel, S. 164–179.
- Tobias Debiel, Frederik Landshöft